

T a g e s o r d n u n g s p u n k t 6

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Westend/Bleichstraße am 15.06.2004

Einhaltung der Bestimmungen der städtischen Gefahrenabwehrverordnung

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) auf das Ordnungsamt einzuwirken, dass die Einhaltung von § 2 Abs. 1 Satz 3 der städtischen Gefahrenabwehrverordnung (unverzügliche Beseitigung von Hundekot vom Halter oder Führer des Tieres) durch die Hilfspolizeibeamten stärker als bisher eingefordert und Fehlverhalten ggf. mit Bußgeld entsprechend dem dazugehörigen Bußgeldkatalog geahndet wird.
- b) die Präsenz von Hilfspolizisten im Umfeld der Schulen im Westend während der Pausenzeiten und zu Schulschluss zu verstärken, um die Verunreinigung der Bürgersteige und Baumscheiben durch gleichgültiges Entsorgen von Plastikflaschen, Papiertüten, Verpackungsmaterial von Süßigkeiten u. ä. auf die Straße zu minimieren. Um dieser Problematik auch auf pädagogischem Weg zu begegnen, werden altersadäquate Veranstaltungen an Schulen durch das Schuldezernat in Verbindung mit den Entsorgungsbetrieben der LHW angeregt.

Begründung:

Zur Hebung der Lebensqualität unserer Stadt (hier im besonderen des Westends) gilt es, den Verschmutzungsgrad unserer Straßen zu verringern. Immer wieder ist zu beobachten, dass die Straße als Ort der Entsorgung missbraucht wird. Dieser saloppe Umgang mit dem "sozialen Umfeld Stadt" bringt in eindrucksvoller Weise eine gleichgültige Einstellung der Verursacher gegenüber ihren Nachbarn bzw. generell gegenüber den hier lebenden Menschen zum Ausdruck. Es ist unumgänglich, darauf Einfluss zu nehmen, dieses vor allem durch Bequemlichkeit motivierte Fehlverhalten allmählich durch vernünftige Einsicht und -wenn es nicht anders geht- über den Geldbeutel zu korrigieren.

Zu a)

An den Hinterlassenschaften auf Baumschreibern und auf Bürgerstiegen ist abzulesen, dass Hundehalter oder -führer an dieser Verunreinigung in besonders unhygienischer Weise beteiligt sind.

Zu b)

Leider muss auch festgestellt werden, dass der Verschmutzungsgrad im Umfeld von Schulen im Vergleich zu anderen Straßenzügen stärker ausgeprägt ist.

Andere sind in der Summe zweifelsfrei ebenso an der Straßenverunreinigung beteiligt. Aber die beschriebenen Sektoren sind erfahrungsgemäß besonders ausgeprägte Beispiele.

Der Wunsch des Ortsbeirates ist es, dass die Hilfspolizisten den Schwerpunkt ihrer Aufgaben nicht nur in der Kontrolle des ruhenden Verkehrs sehen sollten.

Beschluss Nr. 0057

1. Antrag der SPD-Fraktion antragsgemäß beschlossen.
2. Der Magistrat wird um Auskunft gebeten, wie Verstöße durch Kinder oder Jugendliche als Verursacher (z.B. Wegwerfen von Dosen u.a., Nichtbeseitigung von Hundekot) nach der Gefahrenabwehrverordnung geahndet werden.

+

+

Verteiler:

Dezernat VII z.w.V.

Dezernat VIII z.K.

(letzter Satz Buchstabe b des Antrages)

Bischoff
Ortsvorsteher